

Perspektiven auf das Land Israel

Als ich 1985 zum ersten Mal Israel besuchte, es war in der Osterzeit, stand die Begegnung mit der jüdischen Religion im Vordergrund. Das Pessach-Fest konnte ich in einer israelischen Familie in Jerusalem als Gast mitfeiern. Beim Besuch des jüdischen Viertels in der Altstadt Jerusalems beobachtete ich das entspannte Leben der Israelis. Mir war dabei auch die bedrohte Existenz Israels präsent, denn der Sechs-Tage-Krieg von 1967 und der Yom-Kippur-Krieg von 1973 waren noch in lebendiger Erinnerung. Die späteren Reisen nach Israel standen unter dem Motto: Menschen in Israel arbeiten – wohnen – glauben. Unser Ziel war es dabei, einen lebendigen Eindruck von der Lebenswirklichkeit dieses neuen Staates zu erhalten.

Als ich im Jahr 2000 mit meiner Reisegruppe in Israel war, brach die zweite Intifada aus. Ariel Sharon hatte durch seinen Besuch auf dem Tempelberg demonstrieren wollen, dass Juden den Ort betreten dürfen, wo früher der jüdische Tempel gestanden hatte. Er hatte damit die Araber in Israel provoziert. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Unsere Reisegruppe war Zeuge bei diesem akuten Ausbruch des israelisch-palästinensischen Konflikts.

In dem Seminar im Jahre 2009 mit dem Thema „Menschenrechte in den Traditionen Israels“ ergab sich ein besonderer Blick auf die Lebenswirklichkeit Israels. Wir standen vor der „separation barrier“, die Israel von der Westbank trennen soll. Diese Trennungsmauer ist mir ein Symbol für das Verhältnis der beiden Volksgruppen, der Israelis und Palästinenser, geworden.

Rückblickend kann ich also feststellen, dass meine Perspektive immer mehr auf die komplexe Lebenswirklichkeit des Landes Israel ausgerichtet wurde, in dem **Juden und Palästinenser** leben.

Meine Sorgen um die bedrohte Existenz des Staates Israel verbanden sich mit den Sorgen um die gefährdeten Lebensmöglichkeiten der Palästinenser. Mein Blick fällt also nicht nur auf die eine Seite der „Mauer“, ich nehme auch die Lebenswirklichkeit auf der anderen Seite in Betracht. Nach meinen Beobachtungen nehmen die meisten Israelis und Juden in Deutschland nur das Leben diesseits der Mauer wahr, wo die „Heimstätte für das jüdische Volk“ eingerichtet wurde.

Kritik an der Politik der israelischen Regierung

In meinem Buch habe ich bewusst Beiträge aufgenommen, die die andere Seite von der Mauer beleuchten. (z. B. „Wir weigern uns Feinde zu sein“ oder „Mein Nachbar, der Ein-

dringling“). In diesen Darstellungen kommt Kritik an der israelischen Regierungspolitik zum Ausdruck. Ich schließe mich dieser Kritik an und nenne noch zwei Beschwerden über die israelische Regierungspolitik: Im Jahr 2018 hat die israelische Nichtregierungsorganisation B'Tselem eine Landkarte veröffentlicht, auf der die brutalen Zerstörungen von Weinbergen, Obstanlagen und Getreideerntenden der Palästinenser dokumentiert werden, die israelische Siedler im Jahr 2018 begangen haben. Die Palästinenser wagen es nicht mehr, zu ihren Feldern zu gehen, weil sie Angriffe von Siedlern fürchten müssen. Hinzu kommt, dass solche Übergriffe weder von der israelischen Polizei noch vom Militär verhindert worden sind. Auch die Nachricht von der Veröffentlichung des neuen Nationalstaatsgesetzes hat mich aufgeschreckt: Die Knesset, das israelische Parlament, hat am 18. Juli 2018 mit knapper Mehrheit und trotz heftiger Kritik auch aus dem eigenen Land ein Gesetz angenommen, das die Rechte der Araber in Israel, die etwa ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, zusätzlich einschränken kann und den Siedlungsbau im besetzten Westjordanland sogar verstärkt fördern soll.

Das Gesetz definiert das Land als „den Nationalstaat für jüdische Menschen“, erklärt Hebräisch zur Nationalsprache Israels und stellt fest, dass „jüdische Siedlungen in Israel im nationalen Interesse sind.“ Das „vereinte Jerusalem“ wird als Hauptstadt Israels bestimmt.

Es wird erwartet, dass sich das Gesetz vor allem auf die Bereiche Wohnung und Landplanung auswirken wird.

Nun ist Kritik, die in Deutschland an Israel geäußert wird, dem Verdacht ausgesetzt, sie sei antisemitisch. Zwei Beispiele möchte ich anführen, wo der Antisemitismusvorwurf zu Sanktionen gegen die Kritiker geführt hat:

1. Im Mai 2018 hat sich die Leitung der jüdischen Gemeinden in NRW gegen eine Kritik an Israel gewendet, die in einem Gottesdienstentwurf zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel geäußert worden ist.¹ Da sich die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) nicht von diesem Text distanzieren wollte, wurde die gemeinsame Reise von Vertretern der jüdischen und christlichen Leitungsorgane nach Israel (Nes Ammim) von der jüdischen Seite abgesagt.
2. Im Februar 2019 ging es um die Verleihung des Göttinger Friedenspreises für eine Gruppe kritischer Juden, die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“². Die Preisverleihung wird vom Zentralrat der Juden in Deutschland kritisiert, weil diese Gruppe auch die Boykott Kampagne BDS unterstützt. Zur Erläuterung: BDS ist die Abkürzung für Boykott, Desinvestigation und Sanktionen. Die Kampagne will Druck auf die israelische Regierung ausüben, um sie zu einer gerechteren Politik gegenüber den Palästinensern zu bewegen.³ Das Komitee für die Preisverleihung widerspricht dem Antisemitismusvorwurf: Der BDS sei eine gewaltfreie Form des

¹ Vgl. Gottesdienst-Arbeitshilfe 70 Jahre Staat Israel. Download: www.ekir.de/url/bBf

² Inge Günther, Kolumne „Nahostkonflikt, made in Germany“, in: FR vom 22.2.2019

³ <https://www.juedische-stimme.de/>

Protestes gegen den Staat Israel, nicht weil der Staat jüdisch sei, sondern wegen Verletzungen des Völkerrechts und Verstößen gegen die Menschenrechte von Palästinensern. Inzwischen haben die Universität Göttingen, die Stadt Göttingen und die Sparkasse dort ihre Unterstützung der Veranstaltung für die diesjährige Preisverleihung abgesagt.

Die BDS Kampagne halte ich nicht für antisemitisch. Ich unterstütze sie aber nicht, weil ein solcher Boykott, in Deutschland ausgerufen, unter Juden Erinnerungen an den nationalsozialistischen Boykott wachruft.

Ein Boykott ist als eine öffentliche Meinungsäußerung vom Grundgesetz gedeckt. Wie kommt es aber, dass in Deutschland, also außerhalb Israels, eine kritische Meinungsäußerung über Israel hintertrieben wird? Nach der Beurteilung von Tony Judt liegt das daran, dass die politische Führung Israels den Anspruch erhebt, für Juden überall in der Welt zu sprechen. Sie sieht darin den Hauptgrund, warum antisemitische Stimmungen in Judenfeindschaft umschlagen.⁴ In diesem Anspruch erkenne ich die Taktik, die Kritik an der Regierungspolitik Israels zu bekämpfen. Auch in Deutschland ist diese Taktik wirkungsvoll.

Seit jeher hat der Zentralrat der Juden in Deutschland das Auftreten von antisemitischen Vorfällen verurteilt. Dazu gehören gewalttätige Akte gegen Synagogen, jüdische Geschäfte sowie gegen jene, die im öffentlichen Leben als Juden identifiziert werden können. Und auch die folgenden Handlungen und Haltungen gegenüber Juden gelten als „antisemitisch“ und müssen, besonders in den sozialen Netzwerken beachtet werden: Die Verbreitung von Stereotypen (z.B. „Die Juden bestimmen die Finanzmärkte bzw. die Medien“), Verschwörungstheorien über das Weltjudentum („Die Protokolle der Weisen von Zion“), die Ritualmordlegende, die Zuordnung von „rassischen“ Merkmalen über Juden im Allgemeinen. All dies sind wesentliche Merkmale für Antisemitismus und müssen bekämpft werden. Die Kritik an der Politik der israelischen Regierung ist dagegen von einer anderen Qualität:

Diese als antisemitisch bezeichnete Kritik am Staat Israel ist eher eine Form des Antizionismus, insofern als sich die Kritik gegen bestimmte Auswirkungen des Zionismus richtet. Zionismus verstehe ich dabei als die Gesamtheit der Bestrebungen, das Überleben des jüdischen Volkes in einer „Heimstätte“ im Ursprungsland Palästina zu erreichen. Diejenigen, die eine Israelkritik grundsätzlich unter den Verdacht des Antisemitismus stellen, möchten Bedrohungen vom Staat Israel abwehren. Die Frage ist jedoch, ob die Bedrohungen immer von außen kommen. Die Palästinenser werden von israelischer Seite so dargestellt, als seien sie die Bedrohung für das Leben des Staates Israel. Meiner Ansicht nach kommt die Bedrohung für den Staat Israel von innen: Die brutale Besat-

zung der Westbank und des Gaza Streifens hat zur Gegenwehr der Palästinenser geführt. „Diese Bedrohung für das Leben kann als etwas dargestellt werden, das von jenseits der Grenze oder über die Mauer kommt.“⁵

Rückblick und Ausblick

Am 14. Mai 1948 rief Ben Gurion den Staat Israel aus, in seiner Rede verkündete er die Unabhängigkeitserklärung des neuen Staates. Für die Israelis war das ein Freudentag. Für die Palästinenser war es die „Nakba“, die Katastrophe. Die zionistische Bewegung hatte ihr Ziel erreicht, eine Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu errichten. Die Palästinenser verloren in dem Unabhängigkeitskrieg ihre Heimat, etwa 750 000 Menschen flohen oder wurden vertrieben.

Schon am Abend des 29. November 1947 erlebten die Juden die „Geburt“ des Staates Israel, als in New York bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Abstimmung über die Vorlage erfolgte, das britische Mandat zu beenden und Palästina in einen unabhängigen arabischen und einen unabhängigen jüdischen Staat aufzuteilen. Die Vorlage wurde mit Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen, genauer mit 33 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen. Amos Oz schildert in seinem Buch „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“ die gewaltige Wirkung der Entscheidung unter den jüdischen Hörern der Radioübertragung. In der Menge entstand „ein Schrei, der Steine erschütterte und das Blut in den Adern gefrieren ließ, als hätte sich für alle bereits Getöteten und alle, die noch getötet werden würden, in diesem einen Augenblick ein Fenster zum Aufschreien geöffnet, das gleich wieder zuschlug, und schon im nächsten Moment lösten diesen Schrei des Grauens laute Freudenrufe ab, ein wildes Gewirr von heiseren Schreien und „Das Volk Israel“ lebt, und jemand versuchte die Nationalhymne anzustimmen.“⁶ Als Deutscher bedrückt es mich zu sehen, dass die Juden in ihrem Staat gar nicht so sicher leben können, wie die Gründer des Staates es sich erträumt hatten; ein friedlicher Ausgleich zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung ist bis heute nicht erreicht worden. Es hat in der jüngsten Geschichte des Staates Israel ein Zeitfenster von etwa 1991 bis 1995 gegeben, in dem jene zionistischen Kräfte die Oberhand gewannen, die eine Friedensregelung mit den Palästinensern ausgehandelt hatten. (siehe Anhang 1 und 2). Durch den Mord an Ministerpräsident Rabin ist diese Entwicklung abgebrochen worden. Seitdem wird die Politik des Staates Israel sehr stark von den ultraorthodoxen und nationalistischen Kräften der Siedlerbewegung bestimmt. Ministerpräsident Netanjahu hat seine Regierungen seit zehn Jahren immer mit der Unterstützung dieser „rechten“ Kräfte bilden können. In seinen letzten Erklärungen hat er offen bekannt, dass er eine Zweistaatenlösung für das israelisch-palästinensische Problem ablehnt. Obwohl es unrealistisch erscheint zu erwarten, dass dieses Ziel noch erreichbar ist, sollte doch

⁴ Tony Judt: Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus. S. 70. In (Hg):Christin Heilbronn, Doron Rabinovici, Natan Sznajder: Neuer Antisemitismus? Frankfurt/Main. 2. erweiterte Auflage 2019.

⁵ Judith Butler: Antisemitismus und Rassismus. Für eine Allianz der sozialen Gerechtigkeit. S. 89. In: Neuer Antisemitismus ? Frankfurt/Main 2. Erweiterte Auflage 2019

⁶ Amos Oz: Eine Geschichte von Licht und Finsternis. Frankfurt/Main 2006. S. 561-562

LITERATURVERZEICHNIS

die Zweistaatenlösung nicht ad acta gelegt werden. Was sind denn die Alternativen? Wolf Iro, der Leiter des Goethe-Instituts in Jerusalem schreibt: "Es gibt nur vier vorstellbare Zukunftsszenarien für das Land – entweder eine Zweistaatenlösung oder aber eine sich schleichend ergebende Einstaatenlösung, bei der sich wiederum drei Varianten böten: eine Art von Konföderation (angesichts des jahrzehntelangen Konflikts eher eine Wunschvorstellung). Eine radikale Demokratie (und damit aufgrund der demographischen Gegebenheiten das sofortige Ende Israels als selbstdefinierter jüdischer demokratischer Staat) oder eine Form von Apartheid (um die zahlenmäßig überlegene palästinensische Bevölkerung dauerhaft zu kontrollieren). Die beiden letztgenannten Optionen kann kein vernünftiger Mensch in Deutschland ernsthaft wollen. Und auch in Israel favorisiert immer noch eine Mehrheit der Bevölkerung die Schaffung zweier Staaten"⁷

Was bleibt zu tun, um den Status Quo zu überwinden?

Nach meiner Beobachtung ist es besonders wichtig, dass die Lebenswirklichkeit im Staat Israel nicht ausgeblendet wird. Die Gegenwart der palästinensischen Bevölkerung wird aber von der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung weitgehend verdrängt. Um diese Verdrängung zu überwinden, ist die Begegnung zwischen den beiden Volksgruppen wichtig. Es gibt in Israel viele Organisationen, die sich um eine Begegnung von jüdischen Israelis und Palästinensern bemühen. In meinem Buch habe ich diese Organisationen und Institutionen besonders beachtet. Eine Unterstützung solcher Begegnungen halte ich für wichtig, weil dadurch ein Prozess in der israelischen Gesellschaft gefördert wird, der zu einem Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen führen kann.

Denk ich an Israel, ...

dann fällt mir am Ende meiner Betrachtungen ein Bild ein, das ich 1994 im Fernsehen gesehen habe. Es zeigte Kinder, die vorbeifahrenden Soldaten mit Fähnchen zuwinkten. Und die Soldaten winkten zurück. Das war in Ramallah, der palästinensischen Stadt in der Nähe von Jerusalem, als die israelische Armee aus der Zone A, wie im Vertrag von Oslo vereinbart, abzog.

Dieses Bild erinnert mich daran, was vor Jahren in der Wirklichkeit von Israel möglich war. Und ich bin davon überzeugt, dass die Israelis einmal froh und erleichtert sind, wenn sie nicht mehr ein anderes Volk beherrschen müssen, sondern mit ihm eine gemeinsame Gegenwart gestalten können.

⁷ Wolf Iro: Nach Israel kommen. Berlin 2018. S. 69/70 Siehe Anhang 9 S. 172

A.

Avnery, Uri: In den Feldern der Palästinenser. Kreuzlingen/München 2005

Ben-Sasson, H.H.: Geschichte des jüdischen Volkes. München 1992

De Vries: Jüdische Riten und Symbole. Wiesbaden 1981

(Hg.) Christian Heilbronn, Doron Rabinovici, Natan Sznajder: Neuer Antisemitismus? Frankfurt/Main, 2. erweiterte und überarbeitete Auflage 2019

Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Informationen zur politischen Bildung 1995 Heft 247

Krupp, Michael: Zionismus und der Staat Israel. Gütersloh 1983

Marquardt, Friedrich Wilhelm: Das christologische Bekenntnis zu Jesus, dem Juden. München 1990

Meier-Cronemeyer, Hermann: Zionismus. Von den Anfängen bis zum Staat Israel. Frankfurt a.M. 1989

Rubinstein, Amnon: Geschichte des Zionismus. München 2001

Schalom Ben Chorin: Narrative Theologie des Judentums. Tübingen 1985

Schneider, Karlheinz und Simon, Nikolaus (Hg): Der Zionismus und seine europäischen Wurzeln. Schriftenband 15 . Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im nahen Osten (DIAK) 1987

B.

Amnesty International: Israel und die besetzten Gebiete. 2006

Bechmann, Ulrich und Raheb, Mitri (Hrsg.): Verwurzelt im Heiligen Land. Frankfurt am Main. 1995

B'Tselem: Made in Israel: Exploiting Palestinian Land for Treatment of Israeli Waste. 2017

Bunzl John (Hg.): Das andere Israel. Gespräche mit der Friedensbewegung. Hamburg 1983

Farhat-Naser, Sumaya: Verwurzelt im Land der Olivenbäume. Basel 2002

Funke, Hajo/ Sterzing, Christian (Hg): „Frieden jetzt“ Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen. Schriftenreihe des DIAK Band 16

Illouz, Eva: Israel. Berlin 2015